
Deutsche Industrie- und Handelskammer

Stellungnahme

EU-Strategie zur Wärme- und Kälteversorgung

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur EU-Strategie der Wärme- und Kälteversorgung.

A. Das Wichtigste in Kürze

- Die Wärme- und Kälteversorgung ist ein bislang weitgehend unbeachteter Aspekt der Transformation der gewerblichen Wirtschaft hin zur Klimaneutralität – insbesondere im industriellen Bereich. In Deutschland werden derzeit rund 80 % des industriellen Prozesswärmebedarfs noch über fossile Brennstoffe gedeckt. Eine ambitionierte EU-Strategie kann hier ein politisches Signal setzen, um diesem Bereich eine systematische Transformation zu ermöglichen.
- Die aktuelle Situation ist geprägt von einer Fülle an Strategien, Aktionsplänen, Leitlinien und Initiativen auf EU- und nationaler Ebene. Für Unternehmen ist jedoch oft nicht erkennbar, wie diese Maßnahmen zusammenhängen oder welche Prioritäten gelten. Diese mangelnde Kohärenz und Klarheit führen zu Unsicherheit – und damit zu Zurückhaltung bei Investitionen. Die EU-Strategie zur Wärme- und Kälteversorgung muss daher in eine kohärente, transparent gestaltete Roadmap münden, die Unternehmen eine kalkulierbare Orientierung gibt.
- Die Dekarbonisierung der Wärme- und Kälteversorgung stellt eine zentrale Herausforderung dar, insbesondere für kleine und mittlere sowie energieintensive Unternehmen. Hohe Investitionen und unsichere regulatorische Rahmen- und Förderbedingungen hemmen den Markthochlauf klimaneutraler Lösungen. Wettbewerbsfähige Betriebskosten sind ein entscheidender Faktor für die Transformation. Deshalb sind für die Wirtschaft sichere Rahmenbedingungen und gezielte Maßnahmen zur Risikominderung wichtig, die sich vorrangig auf Investitionskosten notwendiger (Netz-)Infrastruktur oder technologisch unausgereiften Lösungen beziehen sollten. Nationale Förderinstrumente sollten dabei rechtssicher im Rahmen des EU-Beihilferechts verankert sein.
- Eine koordinierte, transparente und verlässliche Infrastrukturplanung ist essenziell, um Synergien zwischen Strom-, Gas-/Wasserstoff-, CO₂- und Wärmenetzen zu heben. Bei der Netzplanung sollten die Bedarfe der Industrie und Betriebe von Anfang an eingebunden werden. Geothermie kann als systemdienliche Technologie sowohl in bestehende

Fernwärmenetze integriert als auch für dezentrale Lösungen wie kalte Nahwärmenetze genutzt werden. Ihre Rolle als Quelle für Wärme, Kälte und Speicherlösungen sollte strategisch berücksichtigt werden.

- Die DIHK unterstreicht die Bedeutung eines breiten Technologiemixes und empfiehlt eine technologieoffene Ausgestaltung der EU-Strategie. Neben Elektrifizierung sollten auch Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), Wasserstoff, Solarthermie, Hochtemperatur-Wärmepumpen, Biomasse, Geothermie sowie Lösungen unter Einsatz von CO₂-Abscheidung und Speicherung (CCUS) berücksichtigt werden – jeweils angepasst an regionale Gegebenheiten, sektorale Anforderungen und unter Berücksichtigung von internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Digitale Lösungen zur Steuerung und Effizienzsteigerung sowie Wasserstoff als ergänzende Option für industrielle Anwendungen sollten ebenfalls Teil der Strategie sein. Entscheidend ist, dass die EU klare Signale für Planungs- und Investitionssicherheit setzt.
- Stabile Rahmenbedingungen sind für die Wertschöpfungsketten unerlässlich. Politisch inkonsistente Rahmenbedingungen und Förderpolitiken führen zu Unsicherheit bei Herstellern und Installateuren, in der Energiewirtschaft und in den verbrauchenden Sektoren. Die Umsetzung der Wärmewende erfordert zudem eine starke Fachkräftebasis, gezielte Aus- und Weiterbildungsprogramme sowie die Bereitstellung öffentlicher Flächen für Infrastrukturprojekte. Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche betriebliche Transformation ist eine deutliche Beschleunigung von Genehmigungsverfahren etwa durch Genehmigungsfiktionen, Stichtagsregelungen und vereinfachte Verfahren im Umwelt-, Wasser- und Bergrecht.

B. Bewertung im Einzelnen

1. Finanzierung

Die Finanzierung stellt eine zentrale Herausforderung dar, insbesondere für die Umsetzung innovativer Technologien wie Geothermie. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind hohe Investitionskosten und unsichere Förderbedingungen ein Hindernis für klimaneutralen Lösungen im Wärme- und Kältebereich. Zudem sind für die Prozessumstellungen v.a. in der energieintensiven Industrie die Betriebskosten oftmals entscheidend. Daher ist es umso wichtiger, dass die Rahmenbedingungen wie stabile und wettbewerbsfähige Energiepreise, Netzanträge und Infrastruktur die Transformation unterstützen (siehe 2.). Teile der Wirtschaft schlagen vor, das Fündigkeitsrisiko bei (Tiefen)Geothermie durch spezielle Versicherungsmodelle abzusichern. Ein EU-weiter „Geo Risk Pool“ könnte Investitionen erleichtern, indem er Risiken länderübergreifend verteilt. Zudem sollten nationale Förderinstrumente – wie die geplante deutsche Fündigkeitsversicherung – nicht durch EU-Beihilferecht gefährdet werden.

2. Infrastruktur

Die Integration von Wärme-, Strom- und Gasnetzen ist komplex, aber essenziell für eine effiziente Versorgung. Teile der Wirtschaft verweisen auf gute Konzepte der integrierten

Netzplanung¹, das als Modell für koordinierte Infrastrukturplanung dienen kann, um Effizienzen unterschiedlicher (Netzwerk-) Infrastrukturen zu identifizieren und systemdienlich zu integrieren. Bei der Netzplanung sollten die Bedarfe der Industrie und Betriebe von Anfang an eingebunden werden. Diese sollte zudem möglichst transparent und verlässlich gestaltet sein. Stimmen der deutschen Wirtschaft unterstreichen hier insbesondere die Rolle der Geothermie: Sie kann sowohl in bestehende Fernwärmenetze eingebunden als auch neue, dezentrale Systeme wie kalte Nahwärmenetze ermöglichen. Darüber hinaus könne die Technologie nicht nur als Wärmequelle, sondern auch für Kälteversorgung und Wärmespeicherung berücksichtigt wird. Die Nutzung geologischer Daten und die Einbindung geothermischer Anlagen in die Netzplanung sind entscheidend für die Systemintegration.

3. Technologien

Die DIHK betont die zentrale Bedeutung eines breiten Technologiemixes für die Defossilisierung der Wärme- und Kälteversorgung. Eine zukunftsgerichtete EU-Strategie sollte technologieoffen gestaltet sein und sich nicht einseitig auf die Elektrifizierung fokussieren. Unterschiedliche geografische Gegebenheiten sowie sektorale Anforderungen – etwa in Industrie, Gewerbe oder im Gebäudebestand – erfordern flexible und diversifizierte Lösungen. Allein ein Blick in die Prozesswärme (ca. 70 % am gesamten industriellen Energieverbrauch in Deutschland) zeigt ein sehr mannigfaltiges Bild: Sei es bei den eingesetzten Energieträgern, der Größe des Ofens, der Art und Weise des Betriebs oder bei den notwendigen Temperaturen. Diese reichen von nieder-temperierter Wärme von unter 100°C, häufig in Form von Warmwasser und Dampf, bis hin zu direktbefeuerten Hochtemperaturanwendungen mit zum Teil deutlich über 1.500°C, z.B. in der Glasindustrie.

Für industrielle Anwendungen sind unterschiedliche Ansätze und Technologiemixe denkbar, die sowohl Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), Wasserstoff, Solar- und Geothermie, Wärmepumpen, Biomasse, Geothermie sowie weitere alternative und hybride Lösungen unter Einsatz von CO₂-Abscheidung und Speicherung (CCUS) beinhalten. Industrie- und Handelskammern nennen beispielsweise Hochtemperatur-Wärmepumpen und Parabolrinnenkollektoren als geeignet, die hohe Temperaturniveaus bereitstellen können. Solarthermie wird als vielfach unterschätzte Technologie hervorgehoben, insbesondere für Raumwärme und andere Anwendungen mit niedrigem Temperaturniveau. Auch die Geothermie, insbesondere in ihrer mitteltiefen und tiefen Ausprägung, bietet ein erhebliches Potenzial zur nachhaltigen Wärme- und Kältebereitstellung.² Dieses Potenzial bleibt bislang weitgehend ungenutzt – unter anderem aufgrund komplexer Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie anspruchsvoller umweltrechtlicher Vorgaben.

¹ Die IHK Südthüringen verweist auf das Projekt „Integrierte Netzplanung Thüringen“.

² Die Region Celle wird als Kompetenzzentrum für Bohrtechnik und Reservoirmanagement genannt, mit Unternehmen und Forschungseinrichtungen, die weltweit tätig sind.

Darüber hinaus sollten digitale Lösungen zur intelligenten Steuerung und Effizienzsteigerung von Wärme- und Kältesystemen gezielt gefördert werden. Die Nutzung von Biomasse, etwa in Form von Holzpellets, sollte nicht pauschal ausgeschlossen werden, sondern unter Berücksichtigung von regionalen Verfügbarkeiten oder über Importe als Teil eines technologieoffenen Ansatzes mitgedacht werden.

Für den Markthochlauf und die Entwicklung eines wettbewerbsfähigen Umfelds ist es entscheidend, dass EU-Initiativen Planungs- und Investitionssicherheit bieten. Nur so können die jeweils geografisch und wirtschaftlich optimalen Lösungen zur Dekarbonisierung identifiziert und skaliert werden.

4. Kälteversorgung

Der steigende Kühlbedarf durch Klimawandel und Digitalisierung erfordert neue Ansätze. Eine Umfrage der IHK Erfurt³ zeigt, dass viele Unternehmen bislang keine Maßnahmen zur Kälteversorgung ergriffen haben. Zwei Drittel Mehrheit der Unternehmen hat bisher keine Maßnahmen für Kältebedarf ergriffen oder sieht keinen Bedarf. Ein Drittel der Befragten hat die Effizienz verbessert oder setzt neue Technik ein.⁴ Geothermie kann hier eine zentrale Rolle spielen, etwa durch kalte Nahwärmenetze oder geothermisch Kälteversorgungen. Einige Stimmen der Wirtschaft fordern, dass diese Anwendungen explizit im EU-Aktionsplan berücksichtigt werden und regen eine EU-Strategie zur Geothermie an.⁵

5. Wertschöpfungsketten

Die DIHK betont die Bedeutung stabiler Rahmenbedingungen für Hersteller und Installateure, vor allem vor dem Hintergrund widersprüchlicher politischer Signale bei Förderungen, die zu Produktionsunsicherheit führen – etwa bei Wärmepumpen. Einige Kammern heben hervor, dass der Hochlauf der Geothermie nur mit einer starken Fachkräftebasis gelingen kann. Daher braucht es gezielte Programme zur Aus- und Weiterbildung sowie die Förderung regionaler Kompetenzzentren. Die Bereitstellung öffentlicher Flächen für die Umsetzung von Projekten und dem (Aus-)Bau der Erzeugungs- und Netzinfrastruktur kann zusätzlich zur Stärkung der Wertschöpfung beitragen.

6. Regulatorische Hürden

Komplexe Genehmigungsverfahren sind ein zentrales Hindernis für die Umsetzung von Projekten. Die DIHK plädiert daher für eine deutliche Verfahrensbeschleunigung durch Genehmigungsfiktionen, Stichtagsregelungen und vereinfachte Verfahren im Berg-, Wasser- und Umweltrecht. Einige Kammern regen die Anwendung von „Beschleunigungsgebieten“ für Geothermieprojekte an, in denen Verfahren gebündelt und vereinfacht durchgeführt werden können, wie das bereits bei der Windkraft der Fall ist. Einheitliche Standards im Arten- und

³ [Umfrage IHK Erfurt - Diagramme EU-Strategie Wärme Kälteversorgung.pdf](#)

⁴ [Auswertung der Umfrage IHK Erfurt.docx](#)

⁵ IHK Lüneburg-Wolfsburg

Naturschutzrecht – analog zur Windenergie – können ebenfalls eine Option darstellen. Die Privilegierung geothermischer Anlagen im Außenbereich und die erlaubnisfreie Zirkulation von Grundwasser in geschlossenen Systemen sind weitere Vorschläge zur Entbürokratisierung.

Die aktuelle Situation ist geprägt von einer Fülle an Strategien, Aktionsplänen, Leitlinien und Initiativen auf EU- und nationaler Ebene. Für Unternehmen ist jedoch oft nicht erkennbar, wie diese Maßnahmen zusammenhängen oder welche Prioritäten gelten. Diese mangelnde Kohärenz und Klarheit führt zu Unsicherheit – und damit zu Zurückhaltung bei Investitionen in klimaneutrale Wärme- und Kältelösungen. Die EU-Strategie zur Wärme- und Kälteversorgung sollte daher eine kohärente, transparent gestaltete Roadmap münden, die Unternehmen Orientierung gibt. Nur so können Investitionen in die Dekarbonisierung der Industrie erfolgreich umgesetzt werden.

C. Ergänzende Informationen

a. Ansprechpartner mit Kontaktdaten

Tatiana Valyaeva

Director Energy and Environmental Policy – Buildings and Mobility

+49 30/20308-2216

valyaeva.tatiana@dihk.de

Marlon Hilden

Director of European and International Energy and Climate Policy

Phone +32-(0)2-286-1635

hilden.marlon@dihk.de

b. Beschreibung DIHK

Wer wir sind:

Unter dem Dach der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) sind die 79 Industrie- und Handelskammern (IHKs) zusammengeschlossen. Unser gemeinsames Ziel: Beste Bedingungen für erfolgreiches Wirtschaften.

Auf Bundes- und Europaebene setzt sich die DIHK für die Interessen der gesamten gewerblichen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit ein. Denn mehrere Millionen Unternehmen aus Handel, Industrie und Dienstleistung sind gesetzliche Mitglieder einer IHK - vom Kiosk-Besitzer bis zum Dax-Konzern. So sind DIHK und IHKs eine Plattform für die

vielfältigen Belange der Unternehmen. Diese bündeln wir in einem verfassten Verfahren auf gesetzlicher Grundlage zum Gesamtinteresse der gewerblichen Wirtschaft und tragen so zum wirtschaftspolitischen Meinungsbildungsprozess bei.

Grundlage unserer Stellungnahmen sind die wirtschaftspolitischen/europapolitischen Positionen und beschlossenen Positionspapiere der DIHK unter Berücksichtigung der der DIHK bis zur Abgabe der Stellungnahme zugegangenen Äußerungen der IHKs und ihrer Mitgliedsunternehmen.

Darüber hinaus koordiniert die DIHK das Netzwerk der 150 Auslandshandelskammern, Delegationen und Repräsentanzen der Deutschen Wirtschaft in 93 Ländern.